

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 14. Juni 2022
Ort: Hybride Sitzung (in Präsenz im Kino SEVEN, Gummersbach und über MS Teams)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Inhalt

Inhalt	2
Beschlussübersicht	3
Anlagen	3
Begrüßung	4
AKTUELL: Russland-Ukraine-Krise	4
TOP 1 Verpflichtung neuer Mitglieder und Protokoll	5
Verpflichtung neuer Mitglieder	5
Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. März 2022.....	5
TOP 2 Aktuelles aus der IHK-Arbeit	5
Politische Arbeit der IHK Köln	5
Kurzberichte aus IHK NRW und dem DIHK.....	7
Neue Führungskräfte im Hauptamt	7
Update Rheinisches Revier.....	9
Update „IHK Köln der Zukunft“	9
Honor Circle	9
Aktueller Bericht von Herrn Dr. Martin Wansleben	10
Weitere aktuelle Themen	12
TOP 3 Mobilität	12
Impuls.....	12
Diskussion	13
TOP 4 Finanzen	15
Entlastung	18
Finanzstatut der IHK Köln	19
Erwerb von IHK GfI-Gesellschafteranteilen	19
TOP 5 Ausschüsse	19
Neuordnung des Ausschusses für Wirtschafts-, Rechts- und Steuerpolitik.....	19
Berichte aus den Gremien	20
TOP 6 Zur Information: Nachberufene Mitglieder der Gremien	21
TOP 7 Sonstiges	22

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Jahresabschluss der IHK Köln für das Geschäftsjahr 2021
2	Entlastung für das Geschäftsjahr 2021
3	Neues Finanzstatut der IHK Köln
4	Erwerb Gesellschaftsanteile IHK GfI GmbH
5	Neufassung Ausschuss für Wirtschafts-, Rechts- und Steuerpolitik

Anlagen

Anlage 1	Anwesenheit der Mitglieder und Gäste der Vollversammlung
Anlage 2	Präsentation Planung für Nachhaltige Städte
Anlage 3	Jahresabschluss 2021

Begrüßung

Frau Dr. Grünewald begrüßt herzlich zur Sommersitzung der Vollversammlung, die heute in Gummersbach an einem außergewöhnlichen Ort, im Kino Seven, stattfindet. Zuvor hätten die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung bereits die Gelegenheit gehabt, die neue IHK-Geschäftsstelle Gummersbach und den Innovation Hub Bergisches RheinLand in der Halle 51 zu besichtigen. **Frau Dr. Grünewald** dankt Herrn Gebhard, Herrn Pilatzki und Herrn Sallmann herzlich für die Organisation des Rahmenprogramms der heutigen Vollversammlung.

Frau Dr. Grünewald erklärt, dass der Wunsch geäußert worden sei, den Punkt „Berichte aus den Gremien und Ausschüssen“ auch dieses Mal auf die Tagesordnung zu nehmen. Dies wolle sie gerne tun und schlägt vor, ihn unter „TOP 5 Ausschüsse“ zu behandeln. Sie erkundigt sich, ob dagegen Einwände bestünden. Dies ist nicht der Fall.

AKTUELL: Russland-Ukraine-Krise

Frau Dr. Grünewald berichtet, dass der andauernde Ukrainekrieg die Wirtschaft vor zahlreiche Herausforderungen stellen würde. In dieser Woche entscheide sich, ob die EU Verhandlungen mit der Ukraine über den Beitritt aufnehme. Die Niederlande und Dänemark seien kritisch, es sei aber davon auszugehen, dass die Aufnahme der Verhandlungen beschlossen werde.

In der Folge des Ukrainekriegs sei die Wirtschaft in vielen Punkten besonders gefordert – und damit auch die IHK-Organisation. Es sei relevant, Entscheidungsprozesse der Politik auf allen Ebenen zu begleiten, um negative Auswirkungen auf die Wirtschaft einzudämmen und den Unternehmen mit Hilfestellungen bei aktuellen Fragen zur Seite zu stehen.

Hierzu werde beispielsweise die speziell eingerichtete Ukraine-Seite auf der Homepage der IHK Köln stets aktuell ergänzt. Themen wie Export, Zoll und Aufenthalt würden neben vielen anderen Hinweisen und Links bereitgestellt. Darüber hinaus biete die IHK Köln nun auch Hilfe beim Einstieg von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt an. Der „Erst-Check“ richte sich an interessierte Unternehmen und Geflüchtete, da Qualifikationen auf den ersten Blick nicht 1:1 auf deutsche Abschlüsse übertragbar seien. Der Check fokussiere auf individuelle Berufsabschlüsse, Arbeitserfahrungen und Sprachkompetenz und helfe Betrieben und Geflüchteten direkt bei der Stellenbesetzung.

Über weitere Aktivitäten des DIHK, dem als Dach-Organisation aller IHKs auf Bundesebene eine besondere Bedeutung zufalle, werde im weiteren Verlauf der Sitzung der DIHK-Hauptgeschäftsführer, Dr. Martin Wansleben, in einer Live-Schaltete aus erster Hand berichten.

TOP 1 Verpflichtung neuer Mitglieder und Protokoll

Frau Dr. Grünewald kündigt wie in den hybriden Sitzungen üblich eine Testabstimmung mit dem VOTR-Abstimmungstool an und setzt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an.

TESTABSTIMMUNG

Von wo aus nehmen Sie an der Sitzung der Vollversammlung teil?

Kino Gummersbach: 18

Büro: 10

Sonstiger Ort: 10

Frau Dr. Grünewald gratuliert Herrn Derichweiler im Namen der Vollversammlung ganz herzlich nachträglich zu seinem runden Geburtstag.

Verpflichtung neuer Mitglieder

Frau Grünewald teilt mit, dass Stefanie Haaks, Jan Heitmann, Tarja Radler, Heribert Schamong und Sven Sixt noch nicht verpflichtet worden seien, da dies nur bei einer nicht-virtuellen Teilnahme an einer Vollversammlungssitzung möglich sei. Sie freue sich, Frau Haaks heute in Gummersbach zu begrüßen und bittet sie zur Bühne.

Frau Dr. Grünewald verpflichtet Frau Haaks zur objektiven Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. März 2022

Frau Dr. Grünewald informiert, dass zum Protokoll der Frühjahrssitzung keine Anmerkungen, Änderungs- und Ergänzungswünsche eingegangen seien. Gemäß der Satzung sei das Protokoll nach einer Frist von drei Wochen damit genehmigt und anschließend auf der Homepage der IHK Köln veröffentlicht worden.

TOP 2 Aktuelles aus der IHK-Arbeit

Politische Arbeit der IHK Köln

Frau Dr. Grünewald fasst zusammen, dass die Situation für Unternehmen aktuell sehr anspruchsvoll sei. Gestörte oder unterbrochene Lieferketten, Material- und Warenknappheit, unabgefertigte Schiffe vor den Häfen, wachsende Inflation oder steigende Zinsen würden zahlreiche Unternehmen vor sehr große Herausforderungen stellen. Zudem sei die Pandemie in Deutschland nicht überwunden, die Quarantäneregelungen sorgten seit Monaten für hohe Ausfälle bei den Mitarbeitenden. Als Interessenvertretung setze sich die IHK-Organisation auf EU-, Bundes- und Landesebene für die Unternehmen ein.

Auch die IHK Köln sei täglich aktiv, um die Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Region zu verbessern. Ein Fokus liege auf den drei IHK Jahresthemen: Rheinisches Revier, Zukunft der Innenstädte und Fachkräfte, zahlreiche andere aktuelle Themen kämen hinzu. So würden in den Gesprächen mit Politik und Verwaltung auch die von der Vollversammlung verabschiedeten

Positionspapiere und Resolutionen diskutiert, um die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts weiterzubringen.

Beispielhaft für die große Zahl an Aktivitäten hebt **Frau Dr. Grünewald** folgende Gespräche mit der Politik hervor: Christian Joisten, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, mit Dr. Rolf Mützenich, SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestags, Dr. Hermann-Josef Tebroke, Mitglied des Deutschen Bundestages, Christiane Martin, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Rat der Stadt Köln, Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN und Mitglied im Rat der Stadt Köln, Bernd Petelkau, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, sowie mit den Landräten aller zur IHK Köln zugehörigen Kreise: Landrat Hagt aus dem Oberbergischen Kreis, Landrat Rock aus dem Rhein-Erft-Kreis und Landrat Santelmann aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis.

Weiterhin seien Gespräche zur Fortentwicklung des Kölner Großmarktes mit Jörg Detjen, LINKE, Mitglied im Rat der Stadt Köln, geführt worden. Ebenso seien mit Dezernent Ascan Egerer die Verkehrssituation im Großraum Köln erörtert und ein Fokus auf das öffentliche Parken auf privaten Flächen geworfen worden. **Herr Dr. Vetterlein** ergänzt, dass gerade vor dem Hintergrund der angekündigten Reduktion von Parkflächen in Köln um 30 Prozent die Option der Nutzung von Parkflächen von Supermärkten eine große Bedeutung erhalte. Dem damit verbundenen Erfordernis von Bauanträgen zur Nutzungsänderung wolle sich Herr Egerer annehmen.

Frau Dr. Grünewald berichtet weiterhin von den Ergebnissen der Studie „Katastrophenschutz in kleinen Unternehmen“, die zusammen mit der Feuerwehr Köln und dem Geographischen Institut der Universität zu Köln durchgeführt worden sei. An der Befragung hätten sich 775 Unternehmen beteiligt und Auskünfte über die eigenen Erfahrungen mit Katastrophenfällen und über ihre Vorsorgemaßnahmen gegeben. Nur sehr wenige Unternehmen hätten einen Notfallplan und übten regelmäßig für den Katastrophenfall. Das Beratungsangebot der IHK Köln sei entsprechend angepasst worden, weil angesichts der Klimaveränderungen zukünftig leider häufiger von Klimaereignissen auszugehen sei.

Frau Dr. Grünewald berichtet abschließend von der vielbeachteten Pressekonferenz zur Vorstellung der in der vergangenen Sitzung diskutierten Energiestudie. Diese sei von den Medien positiv aufgegriffen und kommentiert worden. **Herr Dr. Vetterlein** weist in diesem Zusammenhang erneut auf das Thema Energiesicherheit für die Unternehmen hin. Wichtig sei es, dass der Prozess der Abschaltung von Kohlekraftwerken mit dem Aufbau von Kapazitäten erneuerbarer Energien systematisch synchronisiert werde, um Lücken in der Stromversorgung zu vermeiden. Den Vorschlag der IHKs, die Kohleverstromung nicht zu einem festen Termin zu beenden, sondern dieses Potenzial zur Überbrückung möglicher Engpässe länger zu nutzen, sei von der Landesregierung aufgegriffen worden. Auch im Bund werde diese Option angesichts der aktuellen geopolitischen Lage diskutiert.

Frau Dr. Grünewald informiert außerdem vom Energiegipfel von Ministerpräsident Wüst, an dem sie teilgenommen hat.

Frau Dr. von Möller meldet sich mit einer Anmerkung zum Protokoll. Sie bezieht sich zunächst auf die Anlage 5 des Protokolls der Sitzung vom 28. März 2022. Darin seien notwendige Darlehen für die Sanierung mit einem Betrag von 67 Mio. Euro und für den Neubau von 42 Mio. Euro genannt. Ferner sei von einem Sollzins von einem Prozent ausgegangen worden. Sie erkundigt sich, ob es eine Darlehenszusage zu einem Zins von einem Prozent gebe. Außerdem fragt sie, wie die Darlehen bei einem Tilgungssatz von 2% in 19,5 Jahren getilgt werden können. Ferner bezieht sie sich auf die Anlage 4. Darin seien die Varianten V1 und V2 mit 250 Arbeitsplätzen und V3 mit 279 Arbeitsplätzen in die Entscheidungsmatrix eingeflossen. Sie erkundigt sich, ob es sich um Vollzeitäquivalente handele. Bezogen auf das Lofthaus informiert sie, dass dort die Renault-Zentrale auf den Etagen vier bis sieben mit 300 Mitarbeitenden eingezogen sei. Sie bittet, die Antworten wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

Frau Dr. Grünewald klärt auf, dass gemäß der Satzung der IHK Köln Änderungs- und Ergänzungswünsche zu einem Sitzungsprotokoll innerhalb von drei Wochen nach Versand an die Mitglieder der Vollversammlung erfolgen müssten. Erfolge dies nicht, sei das Protokoll, wie eben berichtet, genehmigt. **Herr Dr. Vetterlein** ergänzt, dass eine detaillierte Erörterung dieser Fragen in der vergangenen Sitzung stattgefunden habe. Heute stehe eine weitere Diskussion dieser Punkte nicht auf der Tagesordnung. Zu sämtlichen Details bezögen der Abschlussbericht von Drees & Sommer und die Charts zur Finanzierung ausführlich Stellung. Diese Unterlagen lägen allen Mitgliedern der Vollversammlung vor. Bei den 19,5 Jahren handele es sich ausweislich der Unterlagen um die Zinsbindungsfrist und nicht um die Tilgungsdauer.

Frau Dr. Grünewald setzt mit ihrer Berichterstattung zur politischen Arbeit der IHK Köln fort. Weitere Gespräche seien mit den Mitgliedern des Bündnisses der Wirtschaft, der Handwerkskammer Köln, den Arbeitgebern Köln und dem DGB Köln, geführt worden. Im Rahmen der MRR Mitgliederversammlung habe sich der neue Geschäftsführer Thomas Schauf vorgestellt. **Frau Dr. Grünewald** geht weiterhin auf die Situation am Kölner Neumarkt ein. Die Lage sei zum jetzigen Zeitpunkt zwar noch immer durch Drogenkonsum und Kriminalität geprägt, doch seien vielversprechende Änderungen im Gange, seitdem die Vollversammlung die Resolution Neumarkt verabschiedet und sich die IHK Köln dem Thema intensiv widme. Die Stadtverwaltung habe sich nun ebenfalls dem Thema angenommen. So habe es einen Ratsbeschluss gegeben, nachdem die Kölner Verwaltung nun ein neues Nutzungskonzept auf den Weg bringen würde. Neben einem Brunnen sei auch die Idee der IHK Köln aufgenommen worden, den Platz durch ein dauerhaftes Gastronomieangebot zu beruhigen. Mit den zuständigen Beigeordneten, Andrea Blome und Markus Greitemann, fänden regelmäßige Gespräche statt, in denen konstruktive Lösungen erarbeitet würden. In Rede stünden ein zusätzlicher Drogenkonsumraum, der z. B. gemeinsam mit der katholischen Kirche realisiert werden solle. Die IHK Köln fungiere dabei als Interessenvertreterin für die anliegenden Unternehmen, als Ideengeberin und Vermittlerin. Abschließend berichtet **Frau Dr. Grünewald** von einem Gespräch mit dem Beigeordneten William Wolfgramm zu Flächenbedarfen der Kölner Wirtschaft – und der IHK Köln.

Kurzberichte aus IHK NRW und dem DIHK

Herr Dr. Vetterlein berichtet kurz von der Vorstandssitzung von IHK NRW, bei der u. a. die Entwicklung des Rheinischen Reviers und die Begleitung der Sondierungs- und Koalitionsgespräche diskutiert worden seien. Bei der IHK NRW-Klausurtagung habe auch das Thema Nachhaltigkeit im Fokus gestanden, und es sei erörtert worden, den GRÜNEN den Erfolg der IHK-Energiescouts noch einmal zu präsentieren. Im Rahmen des DIHK HGF-Workshops in Brüssel sei mit der verantwortlichen leitenden Beamtin der EU über das Thema Lieferketten gesprochen worden. Dabei sei klargeworden, dass die EU in diesem Zusammenhang kaum einen Fokus auf mittelständische Unternehmen gerichtet habe und vielmehr auf wenige sehr große und die kleinen Unternehmen abstelle. Das liege auch daran, dass die für Deutschland typischen mittelständischen Unternehmen in anderen Ländern der EU so nicht existierten und deshalb nicht im Blickfeld stünden. Dies gelte auch für das Thema EU-Green Deal.

Neue Führungskräfte im Hauptamt

Frau Dr. Grünewald resümiert, die IHK Köln sei nun etwa zweieinhalb Jahre unter einer neuen Führung, die Modernisierung schreite gut und schnell voran. In der vergangenen Sitzung sei der neue Bereich Wirtschaft und Politik vorgestellt worden, der von Claudia Betzing und Thorsten Zimmermann geleitet werde. Seit dem 1. April verstärke nun Jaana Schnell als Leiterin des Bereichs

Organisationsentwicklung, Personal und Finanzen das Team. Gero Fürstenberg habe die Leitung der Geschäftsstelle Rhein-Erft übernommen.

Frau Schnell stellt sich den Mitgliedern der Vollversammlung vor. Zuletzt habe sie das Dienstleistungszentrum der IHK Pfalz in Pirmasens geleitet, zuvor habe sie dort als Persönliche Referentin des Hauptgeschäftsführers gewirkt. Nach ihrem Jurastudium habe ihre Karriere in der IHK Lübeck begonnen, anschließend führte sie ihr Weg als Referentin für die IHK Nord nach Brüssel.

Herr Dr. Görg bittet um einen Redebeitrag. Er regt an, in die Planung eine Veranstaltung zu den Themen „Kriegsgewinnler-/Übergewinn-Besteuerung“ sowie zur geplanten Änderung des Kartellrechts und die möglichen Folgen für die Unternehmen aufzunehmen. Die IHK habe eine Leitbildfunktion und müsse sich diesen aktuellen Themen annehmen. Ferner informiert **Herr Dr. Görg**, ihn hätten Fragen zur Bauinvestition erreicht. Er wolle diese Fragen nun schriftlich zusammenfassen und im Vorfeld der Herbst-Sitzung der Vollversammlung einreichen, verbunden mit der Bitte, in dieser Sitzung dann einen eigenen Tagesordnungspunkt vorzusehen, um über die einzelnen Aspekte im Detail zu diskutieren.

Herr Dr. Vetterlein erinnert an die ausführlichen Unterlagen, die den Mitgliedern der Vollversammlung zugesandt und in der vergangenen Sitzung erläutert worden seien. Diese würde alle Punkte zur Bauinvestition mit dem aktuellen Stand abschließend darlegen. Zudem liege der Vollbericht von Drees & Sommer vor. **Herr Dr. Vetterlein** bietet an, dass man sich bei Fragen jederzeit an ihn wenden könne. Von diesem Angebot habe Herr Dr. Görg in der Vergangenheit auch schon einige Male Gebrauch gemacht. **Herr Dr. Görg** stellt den Antrag, in der kommenden Sitzung einen eigenen Tagesordnungspunkt zur Diskussion dieser Punkte im Plenum vorzusehen. **Herr Dr. Vetterlein** verweist darauf, dass in der Dezember-Sitzung ausführlich über die von der Vollversammlung beauftragten Varianten Sanierung und Neubau diskutiert werde. So sei es in der vergangenen Sitzung beschlossen worden. In diesem Rahmen werde auch die Finanzierung erörtert.

Herr Dr. Görg erneuert seinen Antrag, in der Herbst-Sitzung im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes die anstehenden Fragen zu besprechen.

Frau Dr. Grünewald erinnert daran, dass in der vergangenen Sitzung darum gebeten wurde, die Zeit in der Vollversammlung für politische Themen zu nutzen. Dieser Bitte sei man gerne nachgekommen. Über das Thema Standort der IHK Köln würde stets berichtet. Auf der Tagesordnung sei es dann, wenn es etwas Neues zu beschließen gäbe. Sie bittet darum, nach nunmehr bereits zwei von der Tagesordnung abweichenden Einlassungen, dem in der Tagesordnung festgelegten Sitzungsverlauf zu folgen. Aktuell würde über neue Führungskräfte im Hauptamt der IHK Köln berichtet. Es gäbe einen eigenen Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ in dem aktuelle Themen besprochen werden könnten.

Frau Dr. Grünewald resümiert, Frau Schnell habe sich sehr gut in der IHK Köln eingelebt und sei durch ihre empathische und zielorientierte Art eine große Bereicherung für das Führungsteam.

Herr Fürstenberg stellt sich den Mitgliedern der Vollversammlung vor. Er sei Wirtschaftsjurist und Wirtschaftsingenieur und seit dem Jahr 2018 als Leiter Standortpolitik und stellvertretender Leiter der Geschäftsstelle Rhein-Erft bei der IHK Köln tätig. Er freue sich, nun als neuer Leiter der Geschäftsstelle Rhein-Erft die vielen Themen in der Region Rhein-Erft im Sinne der Unternehmen zu begleiten und positiv voranzutreiben, hierzu gehörten beispielsweise die Themen Flächen und Energiewandel.

Frau Dr. Grünewald bedankt sich bei Herrn Fürstenberg für seine Vorstellung und wünscht ihm für die Leitung der Geschäftsstelle viel Erfolg.

Update Rheinisches Revier

Herr Dr. Vetterlein blickt auf die ausführliche Diskussion in der vergangenen Sitzung und hebt noch einmal die Bedeutung der Versorgungssicherheit für die Unternehmen in der Region hervor. Es sei dringend erforderlich, eine Strategie zu entwerfen, mit der eine Synchronisation von „Ab- und Anschalten“ realisiert werden könne. Nur so sei sichergestellt, dass wegfallende Kapazitäten ohne zeitlichen Verlust aufgefangen würden, um keine Lücke in der Versorgung entstehen zu lassen. Dies bedeute aber konsequenterweise auch, Flächen auszuweisen, auf denen Windparks gebaut werden könnten. Zugleich müssten große Flächen für die Industrie zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Wegfall der Kohleverstromung gehe Wertschöpfung in Höhe von rund 750 Mio. Euro einher. Um diese aufzufangen, bedarf es der Ansiedlung von neuen Industriebetrieben. Im Rhein-Erft-Kreis sollten mindestens zwei große Flächen bereitgestellt werden. Abschließend weist **Herr Dr. Vetterlein** darauf hin, dass die IHK Köln die Unternehmen intensiv im Prozess der Transformation begleite. Zu berichten sei aktuell über Webinare mit Experten und zur Diskussion aktueller Fragestellungen. Bereits stattgefunden hätten beispielsweise Webinare zur zirkularen Wirtschaft und zur Energiebeschaffung. Geplant seien nun auch Zertifikatslehrgänge.

Update „IHK Köln der Zukunft“

Frau Dr. Grünewald fasst kurz zusammen, dass Drees & Sommer in der vergangenen Sitzung den Abschlussbericht der Untersuchung „Anforderungsprofil und Machbarkeitsstudie“ vorgelegt habe. Die Befragung im engagierten Ehrenamt und bei den Stakeholdern habe ein eindeutiges Ergebnis gehabt: Die IHK Köln sei Zentrum fürs Netzwerken, für Veranstaltungen, für den Austausch mit Entscheidungsträgern der Verwaltung und der Politik. Sie sei der Ort der Weiterbildung, ein relevanter Treffpunkt und liege im Zentrum der Stadt. Daraufhin habe die Vollversammlung die Entscheidung getroffen, die beiden Alternativen „Weiterentwicklung des Bestandsgebäudes“ und „Neubau“ weiter zu verfolgen.

Im ersten Fall werde nun wie beschlossen der Wettbewerbsentwurf von Prof. Schilling bis zur Dezembersitzung auf die aktuellen Anforderungen hin überarbeitet. Weiterhin würden die von Drees & Sommer formulierten offenen Fragen an das Bestandsgebäude geprüft. Im zweiten Fall würden potenzielle Grundstücke für ein neues Gebäude der IHK Köln in der Kölner Innenstadt (inkl. Deutz) gesucht. Hierzu würde ein Makler beauftragt. Es handele sich um zwei gleichberechtigte Optionen, über die in der Sitzung im Dezember entschieden werden könne.

Herr Dr. Vetterlein ergänzt, dass ein zu beauftragender Makler ebenfalls den „Fit“ des Grundstücks mit den von Drees & Sommer erarbeiteten Anforderungen übernehme. **Frau Dr. Grünewald** ergänzt, dass es sehr wichtig sei, den Standort „Eupener Straße“ in das künftige IHK Gebäude zu integrieren. Schon jetzt seien die Räume aufgrund der aktuellen Bauarbeiten im direkten Umfeld nur noch eingeschränkt zu nutzen. Mitte 2023 laufe der Mietvertrag aus, sodass neue Räume angemietet werden müssten. Auch für die Suche neuer Räume werde in Kürze ein Makler beauftragt. **Frau Dr. von Möller** erkundigt sich, wie viele Mitarbeitende die IHK Köln in Köln beschäftige. **Herr Dr. Vetterlein** berichtet, es handele sich um 230 Mitarbeitende, hinzuzurechnen seien jedoch auch die Mitarbeitenden der Partner, zum Beispiel der GBFW e.V., sodass es sich um rund 260 Personen handele. Dies sei auch im Gutachten von Drees & Sommer nachzulesen.

Honor Circle

Frau Dr. Grünewald stellt heraus, Wertschätzung für ehrenamtlich geleistete Arbeit sei bei einer IHK ganz besonders wichtig. Denn ohne ehrenamtliches Engagement funktioniere eine IHK nicht. Deshalb

habe die Vollversammlung im Oktober 2020 im Rahmen des Beschlusses über eine neue Struktur für die Querschnittsausschüsse auch den Honor Circle eingerichtet. Dem Präsidium sei es eine Herzensangelegenheit, eine Auszeichnung zu schaffen, um besonders engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer der IHK Köln zu ehren. Mike Gahn und Sven Gebhard hätten sich dem Thema angenommen und ein transparentes und nachvollziehbares Konzept entwickelt. **Frau Dr. Grünewald** dankt beiden sehr herzlich dafür.

Herr Gebhard bekräftigt, dass ehrenamtliches Engagement die Basis für den Erfolg der IHK Köln sei. Die Unternehmerinnen und Unternehmer würden viel Zeit und Herzblut einbringen, um die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln in der Region mitzugestalten und aktiv zu verbessern. Dies seien derzeit über 700 aktive Unternehmerinnen und Unternehmer. Als großen Dank hierfür vereine der Honor Circle nun alle Mitglieder, die sich in besonderem Maße engagiert und ehrenamtlich eingebracht hätten und mittlerweile aus den Gremien ausgeschieden seien. Sie hätten den Staffelposten weitergegeben – doch über den Honor Circle würde der enge Kontakt zu ihnen weitergeführt. So entstehe ein Alumni-Netzwerk für das Ehrenamt der IHK Köln.

Frau Dr. Grünewald bittet um eine Unterbrechung des Berichtspunktes. Herr Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK, habe sich virtuell, wie bereits angekündigt, zur Sitzung hinzugeschaltet.

Aktueller Bericht von Herrn Dr. Martin Wansleben

Frau Dr. Grünewald begrüßt Herrn Dr. Wansleben im Namen der Vollversammlung der IHK Köln sehr herzlich und teilt mit, dass Herr Dr. Wansleben den Mitgliedern nun ein kurzes Update zu den aktuellen Entwicklungen in Berlin und Brüssel sowie den Aktivitäten des DIHK geben werde.

Herr Dr. Wansleben freue sich sehr, als gebürtiger Kölner vor den Mitgliedern „seiner IHK Köln“ zu sprechen. Ganz aktuell berichtet er von einem Gespräch der „Allianz für Transformation“, das heute im Bundeskanzleramt stattgefunden habe. Die Allianz setze sich aus Bundeskanzler Olaf Scholz, Ministerinnen und Ministern, Vertreterinnen und Vertretern des DIHK, Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften und Verbänden sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Ziel der Abstimmungen sei es, mit unterschiedlichen Partnern den Umbau der Gesellschaft im Zeichen von Zeitenwende, Klimaneutralität und Digitalisierung zu begleiten. Als Industrieland fuße der Erfolg Deutschlands auf der engen internationalen Verflechtung bei Rohstoffen, Vorprodukten und Energie. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und der Klimatransformation sei es nun Aufgabe, dass sich Deutschland „neu erfinde“ und gegebenenfalls auch die Ratio des Standorts hinterfragt werde. Dieser Weg sei schwierig, da nicht zuletzt zu erwarten sei, dass auch nach der Energiewende langfristig mit deutlich gestiegenen Gas- und Stromkosten zu rechnen sei. In diesem Kontext gebe es in Berlin aber auch Störfeuer. Das BMAS arbeite konsequent die kostenintensiven Beschlüsse des Koalitionsvertrages ab als gäbe es keine Krise. Auch die Diskussion über eine Übergewinnsteuer sei nicht zu unterschätzen. Der DIHK arbeite konsequent daran, dass sich solche Positionen nicht verfestigten und sieht sich dabei im Schulterschluss insbesondere mit dem Finanzministerium.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland müsse diskutiert und Lösungsmöglichkeiten für die zukünftige Positionierung müssten gefunden werden. Beispielhaft greift **Herr Dr. Wansleben** die Sicherung der Energieversorgung und die Befähigung der Menschen über passgenaue Aus- und Weiterbildung mit Zusatzqualifikationen heraus. Hierzu werde eine Kommunikationsplattform für Unternehmen vorgeschlagen, um Fragen der Versorgung, der Energieträger, des konkreten Umstellungsprozesses oder andere standortspezifische Punkte abzustimmen. Letztlich müssten diese und andere Fragen insbesondere multinational abgestimmt und beantwortet werden. Hier werde es zu

neuen Allianzen in der Welt kommen, bei denen die Unternehmen eine wichtige Rolle spielten. Ein Umdenken müsse auch in Richtung Lieferketten in Angriff genommen werden. Dabei stünden die Resilienz und die Ausdifferenzierung im Vordergrund.

Schließlich seien Effekte und Wirksamkeit möglicher staatlicher Markteingriffe, am Beispiel der Förderung von Solarenergie oder in Form des Tankrabatts, diskutiert worden. Viele Punkte seien auch und wirksam auf Ebene der EU zu diskutieren, ergänzt **Herr Dr. Vetterlein**. So sei zu fragen, welche Rolle die EU in Zukunft einnehmen werde und müsse, um Prozesse voranzubringen. **Herr Dr. Wansleben** verweist in diesem Zusammenhang auf internationale Handelsverträge und thematisiert laterale und multilaterale Beziehungen und aktuell bestehende Abhängigkeiten. Es sei wichtig, dass die Industrie- und Handelskammern in ihren Regionen mit den jeweiligen Bundestagsabgeordneten in den Dialog träten, um hier die Gestaltung adäquater Rahmenbedingungen anzustoßen. Dies sei eine große Chance. Ähnlich verhalte es sich bei der Inflation. **Herr Dr. Wansleben** unterscheidet zunächst die Form, bei der eine wachsende Geldmenge auf ein konstantes Angebot treffe und Preissteigerungen hervorrufe. Davon sei die aktuelle Lage bei der Energie und bei Rohstoffen zu unterscheiden. Hier treibe ein sinkendes internationales Angebot die Preise, sodass es zu einer Kaufkraftverlagerung in die Exportländer komme. Diese Situation sei nicht einseitig „zu lösen“. Geeignete Maßnahmen seien internationale Handelsverträge und auch Effizienzsteigerungen in den Unternehmen.

Herr Frey blickt angesichts der vielen schwierigen Rahmenbedingungen von Unternehmen auch auf das Thema Bürokratie. Er fragt, welchen Beitrag die Industrie- und Handelskammern leisten können, diese Hemmnisse abzubauen. **Herr Dr. Wansleben** hebt die Initiative der IHKs im Zusammenhang mit der Sperrung der Rahmede Talbrücke auf der A45 hervor. Hier habe ein konstruktives Gespräch stattgefunden, in das auch der Oberbürgermeister von Genua eingebunden worden sei, um vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen zu berichten und Tipps zu geben, den bürokratischen Aufwand auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Er habe eben diesen bürokratischen Aufwand beim Neubau der Morandi-Brücke erheblich reduziert. Es sei stets zu überlegen, wie stark der Regelungsbedarf durch den Staat sein müsse. Oft biete es sich an, die Aktivitäten zu reduzieren und mit digitalen Prozessen schlanker zu machen. Hierzu sei der DIHK wichtiger Ansprechpartner und führe auch in Kürze Gespräche im Bundeskanzleramt.

Frau Dr. Grünewald dankt Herrn Dr. Wansleben für die tiefen Einblicke in die Zusammenhänge und Aktivitäten und erkundigt sich nach weiteren Fragen. Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Frau Dr. Grünewald bittet Herrn Gebhard, seinen Bericht zum Honor Circle fortzusetzen.

Herr Gebhard stellt das Berechnungssystem vor, auf dessen Grundlage die Mitgliedschaft für den Honor Circle ermittelt worden sei. Wichtig sei, ein objektives und transparentes Verfahren zu Grunde zu legen. Für die unterschiedlichen Arten des Engagements, also beispielsweise als Präsidentin oder Präsident, als Mitglied des Präsidiums, als Mitglied der Vollversammlung, als Vorsitzende oder Vorsitzender eines Ausschusses, für die stellvertretenden Vorsitzenden und Mitglieder von Ausschüssen seien Punkte festgelegt worden. Die Punkte würden für jedes Jahr der jeweiligen Mitgliedschaft addiert und daraufhin über alle Mitgliedschaften summiert. Einbezogen seien die Vollversammlung, die Ausschüsse und Querschnittsausschüsse, die Beratenden Versammlungen, die Wirtschaftsgremien sowie die DIHK-Ausschüsse. Im Honor Circle würde sodann eine Gold-, eine Silber- und eine Bronze-Mitgliedschaft in Abhängigkeit der Höhe der Punktwerte verliehen.

Zum Abschluss stellt **Herr Gebhard** die ersten Mitglieder des Honor Circle vor. **Herr Gebhard** freue sich sehr auf die Ernennung der Mitglieder und die weitere Entwicklung des Honor Circle. **Herr Gebhard** dankt Herrn Cvejanov aus dem Hauptamt für die technische Begleitung, die Datenanalyse und Berechnung der Punktwerte herzlich. **Frau Dr. Grünewald** dankt für das Engagement und hebt hervor, dass es bereits für die Prüferinnen und Prüfer der IHK Ehrennadeln gebe. Nun habe man

endlich auch für die anderweitig ehrenamtlich Engagierten der IHK Köln eine Möglichkeit der Wertschätzung und Ehrung geschaffen.

Weitere aktuelle Themen

Frau Dr. Grünewald macht darauf aufmerksam, dass zwei Sitze in der Vollversammlung frei seien. Es handele sich um die Wahlgruppe 31 (Weitere Dienstleister, insbesondere verbrauchernahe Dienstleistungen Rhein-Erft-Kreis) sowie die Wahlgruppe 24 (Banken und Versicherungen gesamter Kammerbezirk). Sie teilt mit, dass Herr Jörg Richling, Bereichsleiter Privat- und Gewerbekundengeschäft und Prokurist der Volksbank Oberberg eG, Interesse an einer Mitarbeit in der Vollversammlung habe und deshalb als Gast an der heutigen Sitzung teilnehme.

Frau Dr. Grünewald bittet um weitere Vorschläge für Kandidatinnen und Kandidaten für diese beiden Wahlgruppen. Sie kündigt für die kommende Sitzung die Nachwahl an. Vorschläge müssten vier Wochen vor der nächsten Sitzung der Vollversammlung schriftlich oder elektronisch bei der Hauptgeschäftsführung eingereicht werden. Zu wählende Mitglieder müssten von mindestens acht Wahlpersonen oder dem Präsidium mit schriftlicher Begründung vorgeschlagen werden.

TOP 3 Mobilität

Frau Dr. Grünewald weist auf die aktiv arbeitenden Ausschüsse der IHK Köln hin. Auch für das heutige Schwerpunktthema Mobilität sei auf Grundlage der Arbeit im Mobilitätsausschuss wieder ein Positionspapier erarbeitet worden. Darüber hinaus hätten auch Abstimmungen mit dem Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung stattgefunden. Sie bedankt sich bei allen aktiven Ausschussmitgliedern herzlich für das Engagement. Zunächst werde Herr Dr. Vetterlein eine kurze Einführung zum Thema Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) geben. Dabei handele es sich um einen nachhaltigen städtischen Mobilitätsplan. Dieser strategisch angelegte Plan erfülle die Mobilitätsbedürfnisse von Menschen und Unternehmen in Kommunen und deren Umgebung mit dem Ziel einer besseren Lebensqualität. Er baue auf bewährten Planungsansätzen auf und berücksichtige in besonderem Maße Zusammenarbeits-, Beteiligungs- und Evaluationsprinzipien. Die EU treibe dies voran. Die Stadt Köln habe im Jahr 2014 mit „Köln mobil 2025“ bereits ein gemeinsam mit der IHK Köln entwickeltes Konzept vorgelegt, das nun dringend auf die neuen Gegebenheiten angepasst werden müsse.

Impuls

Herr Dr. Vetterlein stellt auf der Basis einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die acht Prinzipien vor, nach denen ein SUMP aufgebaut ist. Das heutige Positionspapier folge dieser Gliederung und habe das Ziel, zu einem gemeinsamen Verständnis von Mobilität in einem großstädtischen Ballungsraum beizutragen. Daraus würden Bewertungen und Forderungen zu Maßnahmen und Projekten ableitet. Es sei Aufgabe der IHK Köln, sich hier in den Prozess aktiv miteinzubringen, damit die besonderen Anforderungen der Wirtschaft an Mobilität in den weiteren Planungen berücksichtigt würden.

Im Einzelnen geht **Herr Dr. Vetterlein** auf die folgenden Prinzipien ein und erläutert kurz wesentliche Inhalte:

1. Nachhaltige Mobilität unter Betrachtung verkehrlicher Wechselwirkungen mit dem Umland planen
2. Über institutionelle Zuständigkeiten hinweg zusammenarbeiten
3. Bürgerschaft sowie Interessengruppen einbeziehen
4. Aktuelle und zukünftige Leistungsfähigkeit des Mobilitätssystems bewerten
5. Langfristige Vision und klaren Umsetzungsplan definieren
6. Alle Verkehrsträger integriert entwickeln
7. Monitoring und Evaluation vorbereiten
8. Qualität im gesamten Planungs- und Umsetzungsprozess sichern

Laut **Herrn Dr. Vetterlein** wäre es bereits ein großer Gewinn, wenn sich die politischen Akteure auf diese Punkte verpflichten ließen, immerhin sei diese Vorgehensweise so beschlossen. Deshalb sei dieser Prozess eine gute Chance auch für die IHK Köln, gestaltend auf die Verkehrspolitik einzuwirken und politische Entscheidungen an diesen Prinzipien zu messen. Einziger Mangel des Konzepts sei die Fokussierung auf den Personenverkehr. Hier habe man aber zumindest mit dem Verkehrsdezernenten Einigkeit erzielen können, dass Güterverkehr und Logistik gleichwertig berücksichtigt werden müssen.

Diskussion

Herr Dr. Vetterlein bittet Birgit Heitzer, Leiterin Beschaffungslogistik & Logistik Services der REWE Group und Vorsitzende unseres IHK-Mobilitäts-Ausschusses, sowie Dr. Witich Roßmann, Vorsitzender DGB-Stadtverband Köln, zur Bühne. Er freue sich auch, Christoph Schmidt, Vorsitzender des ADFC Köln (Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e.V.) und Mitglied des ADFC-Bundesvorstandes, zu begrüßen, dieser nehme virtuell an der Diskussion teil.

Herr Dr. Vetterlein erkundigt sich bei Frau Heitzer nach den größten Herausforderungen der Mobilität aus Sicht eines Lebensmitteleinzelhändlers. **Frau Heitzer** hebt insbesondere die innerstädtische Güter-Logistik in der Lebensmittelmarkt-Belieferung bei gegebener Infrastruktur und zugleich wachsendem Verkehr hervor. Diesem Szenario müsse sich das Unternehmen täglich stellen. An Herrn Dr. Roßmann gerichtet, stellt **Herr Dr. Vetterlein** fest, dass Köln Ort vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sei, die täglich einpendelten. **Herr Dr. Roßmann** sehe das Einpendeln an sich nicht als Problem an und verweist auch auf den angespannten Wohnungsmarkt. Es seien vielmehr die Bedingungen, die den Rahmen für das Einpendeln setzten. Hier sei die Infrastruktur zu nennen, Straßen und Parkplätze. Zur Rolle der Fahrradmobilität erkundigt sich **Herr Dr. Vetterlein** nach den Grenzen des Ausbaus. **Herr Schmidt** nimmt Bezug auf den heutigen Veranstaltungsort Gummersbach und betont, hier sei eine Anreise mit dem Fahrrad aus Köln nicht zielführend. Es komme, das zeige dieses Beispiel, auf einen Mobilitätsverbund an. Das Auto sei auch nötig, da nicht alle Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnten. Dies gelte vor allem im ländlichen Raum. Alle Verkehrsträger hätten in den einzelnen Verwendungsbereichen ihre Berechtigung. Es müsse jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Fahrradverkehr in Köln derzeit etwa 20 Prozent der Mobilität ausmache. Wolle man die Pariser Klimaziele erreichen, so habe das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie berechnet, müsse sich der Fahrradverkehr etwa verdoppeln, der Anteil des ÖPNV an den Wegen müsse sich von rund 20 Prozent auf gut 50 Prozent ausweiten. **Herr Dr. Vetterlein** bemerkt, dass, bezogen auf die Stadt Münster festgestellt worden sei, dass zwar 43 Prozent der Fahrten per Fahrrad durchgeführt würden, diese Fahrten aber nur rund 17 Prozent der Wege ausmachten. Es gehe also nicht immer um den Anteil der Fahrten. **Herr Schmidt** betont, dass die Planung in Köln bislang auf den Verkehrsträger Automobil

ausgerichtet sei. Dies müsse sich ändern. Die IHK Köln sei bei der Begleitung des Umbaus der städtischen Verkehrswege sehr innovativ und konstruktiv. Dem Fahrradverkehr sei bislang kaum Raum gegeben worden.

Was die Ursache für den Autoverkehr sei, fragt **Herr Dr. Vetterlein** Herrn Dr. Roßmann. **Herr Dr. Roßmann** betont, die Ursache liege, nicht wie oft gemeinhin angenommen, darin, dass Deutschland aufgrund der starken Automobilindustrie ein „Autoland“ sei. Auch in anderen Staaten ohne eine nennenswerte Autoindustrie bestehe kein anderes Nutzungsverhalten zwischen den einzelnen Verkehrsträgern Bahn, Auto und Fahrrad. Es sei vielmehr Ausdruck einer Differenzierung. Im Vergleich zur Vergangenheit würden Wohnen und Arbeiten heute vielfach nicht mehr am gleichen Ort stattfinden. Ebenso sei der Schienenverkehr historisch bedingt zentralisiert, neue Trassen seien nicht hinzugekommen. Insofern seien Auto- und Warenverkehr eine Folge. **Herr Dr. Roßmann** spricht sich gegen die Maßnahme einer weiteren Parkraumbewirtschaftung in Wohnquartieren aus. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien auf das Auto angewiesen, um zu ihren Arbeitsstätten zu gelangen. Aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen sei das eine zentrale soziale Frage.

Herr Dr. Vetterlein spricht die Herausforderungen der Feinverteilung von Waren in den Städten an. **Frau Heitzer** informiert, dass verkehrsberuhigte Zonen eine große Herausforderung für ihr Unternehmen darstellten. Um Märkte mit Blick auf das Einkaufsverhalten der Kunden optimal mit Waren auszustatten, müssten Anlieferungen bis etwa 13:30 Uhr erfolgen. Ladezonen für die LKW seien eine gute und geeignete Lösung, um unnötige Fahrten und Rangieren zu vermeiden. Mikro-Depots wie sie beispielsweise durch die Kurier-, Express- und Paketdienste betrieben würden, seien für den Lebensmittelhandel dagegen nicht praktikabel. Weiter macht **Frau Heitzer** auf die Brückenproblematik in Köln aufmerksam. Die REWE betreibe in Köln zwei große zentrale Lager. Damit sei sie stets auch auf Rheinquerungen angewiesen, was aufgrund der aktuellen Situation zu großen Verzögerungen und Umwegen führe. Dies betreffe die eigene Logistik wie auch die Anlieferung durch Lieferanten.

Abschließend erkundigt sich **Herr Dr. Vetterlein** nach den Chancen eines SUMP. **Frau Heitzer** sehe darin einen sehr guten Ansatz, weise jedoch darauf hin, die Maßnahmen müssten konsequent umgesetzt werden. **Herr Dr. Roßmann** stellt auf die Ziele ab. Wichtig sei, dass man so schnell wie möglich von A nach B kommen müsse. Werde dies durch die Maßnahmen gewährleistet, so sei ein SUMP geeignet. Zu beachten sei jedoch, dass jedes Verkehrsmittel seine Berechtigung habe. **Herr Schmidt** betont, Ladezonen seien ein sehr gutes Instrument, um das Parken von Belieferungsfahrzeugen in der zweiten Reihe zu vermeiden. Eben das Parken in der zweiten Reihe stelle für den Fahrradverkehr eine unakzeptable Quelle für Unfälle dar. Hier habe die IHK Köln im Jahr 2018 die wichtige Studie „Die Ladezone im Blickpunkt – Anforderungen an die Güterversorgung in Köln und Leverkusen“ vorgelegt und eng mit dem ADFC e.V. zusammengearbeitet, um Lösungen auszuweisen. **Herr Schmidt** weist bezogen auf die Frage darauf hin, dass „SUMP“ explizit den Begriff „sustainable“ beinhalte. Die Nachhaltigkeit müsse bei allen Maßnahmen eine zentrale Rolle spielen. **Herr Dr. Vetterlein** erinnert an den Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Hier liege das Potenzial für den Erfolg.

Herr Dr. Vetterlein betont abschließend, das Konzeptpapier „Zukunft „Sustainable Urban Mobility Plan“ – Chancen & Forderungen aus Sicht der Wirtschaft – Konzeptpapier der IHK Köln zu Mobilität und Logistik im Metropolraum Köln 2025+“ liege heute vor. Mit diesem Papier wolle die IHK Köln zum gemeinsamen Verständnis von Mobilität und Logistik in der Region beitragen. Auf dieser Grundlage würden Bewertungen und Forderungen zu Maßnahmen abgeleitet. Er freue sich darauf, in den kommenden Monaten das Papier gemeinsam mit den Ausschüssen zu konkretisieren.

Frau Dr. Grünwald bedankt sich für die Diskussion bei allen Diskutanten und betont, dass die IHK Köln die gemeinsamen Gespräche zum SUMP in Köln intensiv begleiten und in den kommenden

Sitzungen über die Entwicklungen berichten werde. Sie erkundigt sich, ob Fragen zum Thema bestehen. Dies ist nicht der Fall.

TOP 4 Finanzen

Frau Dr. Grünewald informiert, dass die IHK Köln für den Jahresabschluss 2021 mit Anhang und Lagebericht sowie zur Wirtschaftsführung den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern (RPS) erhalten habe. Details werde nun Herr Pilatzki in Vertretung für Herrn Remmert, Vorsitzender des Beitrags- und Finanzausschusses der IHK Köln, vortragen. **Frau Dr. Grünewald** bedankt sich bei Hendrik Pilatzki, Anton Bausinger und bei Christian Remmert für ihr Engagement im Beitrags- und Finanzausschuss. Ebenso bedankt sich **Frau Dr. Grünewald** bei Herrn Pütz und Herrn Stamm für Ihr Engagement als ehrenamtliche Rechnungsprüfer der IHK Köln.

Herr Pilatzki berichtet zunächst, dass die RPS in der Zeit vom 17. Januar bis 15. Februar 2022 die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021, der aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Lagebericht bestehe, und die Prüfung der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr 2021 der IHK Köln durchgeführt habe. Am 1. April 2022 habe dann die Schlussbesprechung in hybrider Form stattgefunden. Der Beitrags- und Finanzausschuss habe in seiner Sitzung am 3. Mai 2022 und das Präsidium durch Präsidiumsbeschluss vom 3. Mai 2022 den Jahresabschluss 2021 gebilligt und für die Vollversammlung eine Beschlussvorlage über die Ergebnisverwendung formuliert. Diese werde heute zur Abstimmung kommen.

Die RPS habe als Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 nebst Anhang und Lagebericht den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt; die Prüfung habe zu keinen Einwendungen geführt. Der Jahresabschluss nebst Anhang entspreche den Regelungen des Finanzstatuts und der übrigen für die IHK Köln geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittelt – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung – ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Wirtschaftsplan sei ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden. Die IHK Köln habe die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans beachtet und die im Rahmen des Erfolgs- und Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Herr Pilatzki weist darauf hin, dass die Unterlagen zum Jahresabschluss 2021 mit der Einladung an die Mitglieder der Vollversammlung versandt worden seien. Herr Stamm und Herr Pütz hätten den Prüfbericht zum Jahresabschluss erhalten und an der Schlussbesprechung zum Jahresabschluss teilgenommen.

Im Folgenden beschränke sich **Herr Pilatzki** auf die wesentlichen Aussagen der Gesamtdarstellung. Er beginnt mit der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2021.

Die Betriebserträge lägen mit 40,3 Mio. Euro um rund 1,6 Mio. Euro unter dem Niveau des Vorjahres. Diese setzten sich zusammen aus den Erträgen aus IHK-Beiträgen, die bei insgesamt 30,6 Mio. Euro lägen und den Vorjahreswert um 3,2 Mio. Euro unterschritten. Dabei sanken die Beiträge der Vorjahre (endgültige Abrechnung von Bemessungsgrundlagen) um rund 3,8 Mio. Euro, während die vorläufigen Beiträge des laufenden Jahres um rund 600.000 Euro stiegen. Ein weiterer Bestandteil seien die Erträge aus Gebühren. Sie machten insgesamt 5,0 Mio. Euro aus und lägen damit um 879.000 Euro über dem Vorjahr. Nach der Pandemie-bedingten Aussetzung der Prüfungen und Fakturierungen im Jahr 2020 hätten die Prüfungen im Geschäftsjahr 2021 wieder vergleichsweise normal durchgeführt

werden können. Die ausgesetzten Fakturierungen im Bereich der Gebühren in der Berufsausbildung seien im Jahr 2021 nachgeholt worden. Zudem zählten die Erträge aus Entgelten hierzu, sie lägen mit rund 2,3 Mio. Euro um 106.000 Euro über dem Jahr 2020. Grund seien insbesondere höhere Einnahmen bei den Lehrgängen und Seminaren. Schließlich seien die sonstigen betrieblichen Erträge zu nennen. Sie würden 2,4 Mio. Euro betragen und seien damit im Vergleich zum Vorjahr um 678.000 Euro gestiegen. Die Zunahme betreffe im Wesentlichen die Erträge aus Schadensersatzleistungen (233.000 Euro), Hochwasserschäden Leverkusen/Rhein-Berg, periodenfremde Erträge (196.000 Euro) und die Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 118.000 Euro.

Im Anschluss geht **Herr Pilatzki** auf den Betriebsaufwand ein. Dieser sei um 1,74 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2020 von 39,9 Mio. Euro auf 41,6 Mio. Euro gestiegen. Zum Betriebsaufwand rechne zunächst der Materialaufwand. Dieser sei im Berichtszeitraum um 468.000 Euro auf 5,4 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich seien die höheren Aufwendungen für Prüferentschädigungen (rund 127.000 Euro) und sonstige Fremdleistungen (172.000 Euro). Aufgrund der Hygienevorschriften zur Pandemie sei eine größere Zahl von Prüfungsaufsichten und Prüfenden benötigt worden; deshalb seien die Prüferentschädigungen gestiegen.

Ebenso zähle der Personalaufwand zum Betriebsaufwand, der im Jahr 2021 um 779.000 Euro auf 18,1 Mio. Euro gesunken sei. Hierfür seien geringere Rückstellungen für Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2021 gebildet worden als im Vorjahr. Die Sondereffekte, die Rückstellungen und die Beiträge zur Altersversorgung ehemaliger Hauptgeschäftsführer entfielen im Jahr 2021. Des Weiteren seien im Geschäftsjahr deutlich geringere Beträge für Urlaub und Prämien zurückgestellt worden. Die Berufsgenossenschaft VBG habe zum Jahr 2022 ihr Beitragssystem auf das Beitragsvorschussverfahren umgestellt. Deswegen sei auch die Rückstellung des Beitrags zur VBG in Höhe von 110.000 Euro im Geschäftsjahr 2021 entfallen.

Die Abschreibungen lägen bei 665.000 Euro. Dieser Wert sei dem Wert des Vorjahres in etwa vergleichbar, unterschreite ihn um 9.000 Euro.

Schließlich zählten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zum Betriebsaufwand. Diese lägen mit 17,5 Mio. Euro um 2,1 Mio. Euro höher als im Vorjahr 2020. **Herr Pilatzki** nennt die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung. Zunächst seien die sonstigen Personalaufwendungen um 536.000 Euro gestiegen. Dies sei die Zuführung zur Rückstellung für andere ungewisse Verbindlichkeiten und Gewährleistungsverpflichtungen laut Gutachten. Diese Rückstellung sei für die Finanzierung der Versorgungsverpflichtung gegenüber des Ernst-Scheider-Preis e.V. gebildet worden. Hierüber hätten die IHK Köln und der Ernst-Schneider-Preis im Jahr 2021 eine Vereinbarung getroffen. Weiterhin hätten sich die Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter um 482.000 Euro erhöht, die sich zusammensetzten aus höheren Rechts- und Beratungskosten (395.000 Euro), Aufwendungen für die Mitfinanzierung von Aufwendungen für die gemeinschaftliche Digitalisierungsoffensive des DIHK (340.000 Euro) sowie Mietzahlungen für Räumlichkeiten (87.000 Euro). Ferner seien die Aufwendungen für Kommunikation und den laufenden Betrieb um 78.000 Euro gestiegen und schließlich seien die Aufwendungen für Mitgliedschaften und Sonstiges um 964.000 Euro angestiegen. Als Ursache beschreibt **Herr Pilatzki** unter anderem der Mitgliedsbeitrag zum DIHK (plus 199.000 Euro), die Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung (plus 398.000 Euro) sowie periodenfremde Aufwendungen (plus 130.000 Euro).

Herr Pilatzki fasst die wichtigsten Kennzahlen zusammen. Das Betriebsergebnis belaufe sich auf minus 1,4 Mio. Euro, im Vorjahr 2020 hätte es 2,0 Mio. Euro betragen. Das Finanzergebnis liege bei 15.000 Euro und sei 24.000 Euro geringer als im Jahr 2020. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von minus 2.145 Mio. Euro ergebe sich aus der Rückabwicklung des Kaufvertrages für das Lofthaus laut Beschluss der Vollversammlung vom 25. Oktober 2021. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 weise damit ein Jahresergebnis von minus 3,6 Mio. Euro aus. Der Ergebnisvortrag aus dem Jahr

2020 betrage 4,2 Mio. Euro. Nach den Veränderungen der Rücklagen und der Nettoposition ergebe sich mithin ein Ergebnis in Höhe von insgesamt 1.380.461,50 Euro.

Herr Pilatzki stellt daraufhin die Entwicklung dieses Ergebnisses für das Jahr 2021 vor. Das Jahresergebnis 2021 belaufe sich auf minus 3.570.035,75 Euro. Der Ergebnisvortrag aus dem Jahr 2020 belaufe sich auf 4.237.325,45 Euro. Die Auflösung der DIHK-Rücklage Digitalisierung addiere sich mit 748.171,81 Euro hinzu. Die Einstellung in Rücklagen betrage 10.035.000,00 Euro und die Veränderung der Nettoposition belaufe sich auf 10.000.000 Euro. Als Ergebnis errechne sich daraus für das Jahr 2021 der erwähnte Betrag von 1.380.461,50 Euro.

Herr Pilatzki geht zur Bilanz über. Die Bilanzsumme verringere sich im Vergleich zum 31. Dezember 2020 um 3,4 Mio. Euro auf 59,6 Mio. Euro. Das Anlagevermögen sinke insgesamt um 7,8 Mio. Euro, dies sei insbesondere bedingt durch die erfolgsneutrale Ausbuchung der bereits aktivierten Anschaffungsnebenkosten (2,2 Mio. Euro) für die Rückabwicklung des Kaufvertrages "I/D Cologne Lofthaus" sowie von Verkäufen von Anteilen des extern verwalteten Fondsvermögens (5,2 Mio. Euro). Die Anlagenintensität betrage 56,5 Prozent des Gesamtvermögens.

Das Umlaufvermögen steige um rund 4,4 Mio. Euro. Der Forderungsbestand liege mit 5,4 Mio. Euro um 0,7 Mio. Euro über dem Niveau des Vorjahres. Dabei stünden 1,3 Mio. Euro rückläufige Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten 2,0 Mio. Euro höheren sonstigen Vermögensgegenständen gegenüber. Letztere seien bedingt durch die ausstehende Rückerstattung der Grunderwerbsteuer in Höhe von 2,1 Mio. Euro. Die Finanzrechnung schließe mit einem Mittelbestand in Höhe von 20,3 Mio. Euro ab, der damit um 3,7 Mio. Euro über dem des Vorjahres liege. Das Eigenkapital verringere sich um 3,6 Mio. Euro auf 48,6 Mio. Euro. Die Nettoposition betrage nach der beschlussmäßigen Herabsetzung 1,0 Mio. Euro, die Ausgleichsrücklage nehme 9,6 Mio. Euro ein und die anderen Rücklagen beliefen sich auf insgesamt 36,6 Mio. Euro. Diese beinhalteten die beschlussgemäßen Dotierungen der Finanzierungsrücklage in Höhe von 33,0 Mio. Euro und der DIHK-Digitalisierungsrücklage in Höhe von 3,6 Mio. Euro. Das Ergebnis liege um 2,9 Mio. Euro unter dem des Vorjahres bei insgesamt 1,4 Mio. Euro. Die sonstigen Rückstellungen würden 9,1 Mio. Euro ausmachen und hätten sich um 400.000 Euro verringert. Die Verbindlichkeiten seien stichtagsbedingt um 200.000 Euro auf insgesamt 1,2 Mio. Euro gestiegen.

Herr Pilatzki geht auf die Entwicklung der Rücklagen 2021 ein. Die Rücklagen seien insgesamt um 9,3 Mio. Euro auf 46,2 Mio. Euro gestiegen, dabei sei die Ausgleichsrücklage gleichbleibend, der Digitalisierungsrücklage DIHK seien zunächst 748.000 Euro entnommen und später 3,2 Mio. Euro zugeführt worden und der Finanzierungsrücklage seien 6,9 Mio. Euro zugeführt worden. Bei Letzterer habe es keine Entnahme gegeben.

Herr Pilatzki teilt mit, dass das Jahresergebnis in Höhe von 1.380.461,50 Euro auf neue Rechnung vorgetragen werden solle.

Frau Dr. Grünwald bedankt sich bei Herrn Pilatzki für seinen detaillierten Vortrag und erkundigt sich bei den Mitgliedern der Vollversammlung, ob Fragen zum Inhalt bestünden. Dies ist nicht der Fall.

Frau Dr. Grünwald verliest den Beschlussvorschlag. Sie legt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute fest und startet die Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln verabschiedet den Jahresabschluss 2021 in der vorliegenden Fassung.

Ja: 31

Enthaltung: 4

Nein: 0

Frau Dr. Grünewald bedankt sich herzlich für das Votum.

Entlastung

Frau Dr. Grünewald bittet Herrn Goost, den Bericht der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer vorzutragen. Die beiden ehrenamtlichen Rechnungsprüfer, Herr Pütz und Herr Stamm, hätten aufgrund von terminlichen Überschneidungen heute leider ihre Teilnahme an der Sitzung absagen müssen.

Herr Goost berichtet, dass er stellvertretend für die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer der Vollversammlung über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2021 berichten werde. Die RPS habe in der Zeit vom 17. Januar bis 15. Februar 2022 die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Lagebericht – und die Prüfung der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr 2021 der IHK Köln durchgeführt. Am 1. April 2022 habe dann die Schlussbesprechung stattgefunden, an der Herr Stamm und Herr Pütz als ehrenamtliche Rechnungsprüfer teilgenommen hätten.

Die RPS habe bezogen auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 nebst Anhang und den Lagebericht als Ergebnis der Prüfung den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, die Prüfung habe zu keinen Einwendungen geführt. Der Jahresabschluss nebst Anhang entspreche den Regelungen des Finanzstatuts und der übrigen für die IHK Köln geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittele unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Wirtschaftsplan sei ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden. Die IHK Köln habe die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans beachtet und die im Rahmen des Erfolgs- und Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Herr Goost führt weiter aus, dass Herr Pilatzki bereits in seinen Ausführungen zum Jahresabschluss die Eckpunkte der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt habe. Herr Pütz und Herr Stamm hätten bei der Durchsicht des Prüfungsberichtes keine Beanstandungen festgestellt.

Stellvertretend dankt Herr Goost dem Vorsitzenden des Beitrags- und Finanzausschusses, Herrn Remmert, sowie Herrn Pilatzki und Herrn Bausinger für ihre verantwortungsvolle Mitarbeit im Beitrags- und Finanzausschuss. **Herr Goost** beantragt stellvertretend, der Präsidentin und dem Präsidium sowie dem Hauptgeschäftsführer für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.

Frau Dr. Grünewald bedankt sich herzlich bei Herrn Goost für den Vortrag. Sie erkundigt sich, ob es Fragen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Frau Dr. Grünewald verliest den Beschlussvorschlag und kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an. Dann eröffnet sie die Abstimmung.

Beschluss

Die Vollversammlung der IHK Köln erteilt der Präsidentin, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung.

Ja: 33

Enthaltung: 2

Nein: 0

Frau Dr. Grünewald bedankt sich herzlich für das Votum.

Finanzstatut der IHK Köln

Frau Dr. Grünewald berichtet, dass das Finanzstatut der IHK Köln von Zeit zu Zeit den Entwicklungen, vor allem aber an die Entwicklung der Rechtsprechung angepasst werden müsse. Das sei mit dem vorliegenden und mit der Einladung versandten Text geschehen. Sie erkundigt sich, ob Fragen zum neuen Finanzstatut bestünden. Dies ist nicht der Fall.

Frau Dr. Grünewald verliest den Beschlussvorschlag und kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an. Dann eröffnet sie die Abstimmung.

Beschluss

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt das neue Finanzstatut der IHK Köln.

Ja: 31

Enthaltung: 2

Nein: 0

Frau Dr. Grünewald bedankt sich für die Abstimmung.

Erwerb von IHK Gfl-Gesellschafteranteilen

Frau Dr. Grünewald verweist auf die Einladung zur heutigen Sitzung und den dort geschilderten Zusammenhang des Erwerbs von rund drei Prozent Gesellschaftsanteilen an der IHK Gfl GmbH. Sie erkundigt sich, ob Fragen hierzu bestünden. Dies ist nicht der Fall.

Frau Dr. Grünewald verliest den Beschlussvorschlag und kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an. Dann eröffnet sie die Abstimmung.

Beschluss

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt, ca. drei Prozent Gesellschaftsanteile der IHK Gfl GmbH zu erwerben.

Ja: 31

Enthaltung: 1

Nein: 1

Frau Dr. Grünewald bedankt sich für die Abstimmung.

TOP 5 Ausschüsse

Neuordnung des Ausschusses für Wirtschafts-, Rechts- und Steuerpolitik

Frau Dr. Grünewald berichtet, dass die Vollversammlung im Oktober 2020 die neue Ausschuss-Struktur beraten und beschlossen habe. Im Rahmen der Diskussion sei darauf hingewiesen worden, die Ausschüsse permanent auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls nachzujustieren. Dies sei beim Ausschuss für Wirtschafts-, Rechts- und Steuerpolitik nun der Fall. In Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden, Michael Pfeiffer, dem hauptamtlich Verantwortlichen, Frank Hemig, und dem Präsidiumspaten für den Ausschuss, Christian Remmert, sei eine Neufassung beraten worden. Es

werde vorgeschlagen, den Ausschuss durch eine Aufteilung in einen Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik und einen Ausschuss für Wirtschaftspolitik neu zu fassen.

Im neuen Ausschuss für Wirtschaftspolitik solle sich zum Beispiel dem wichtigen Thema „Unternehmertum“ gewidmet werden. **Frau Dr. Grünewald** begründet, es werde mehr und mehr festgestellt, dass die Rolle der Unternehmenden in der Gesellschaft nicht immer so wahrgenommen würde, wie es gemessen an ihrer Bedeutung angemessen erscheine. Als Stichworte nennt sie die Entwicklung von Innovationen und die Funktion als Arbeitgebenden. Dies müsse noch besser kommuniziert werden und hier komme der IHK Köln als Stimme der Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Parallel widme man sich künftig im speziellen Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik weiterhin den für die Unternehmen wichtigen Rechts- und Steuerthemen. **Frau Dr. Grünewald** richtet die Bitte an die Teilnehmenden, sich bei Interesse an der Mitarbeit in diesen beiden Ausschüssen gerne zu melden.

Frau Dr. Grünewald erkundigt sich, ob Fragen zur Neufassung bestünden. Dies ist nicht der Fall.

Frau Dr. Grünewald verliest den Beschlussvorschlag und kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an. Dann eröffnet sie die Abstimmung.

Beschluss

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt, den bisherigen Ausschuss für Wirtschafts-, Rechts- & Steuerpolitik neu zu fassen in einen Ausschuss für Wirtschaftspolitik und einen Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik.

Ja: 33

Enthaltung: 2

Nein: 0

Frau Dr. Grünewald bedankt sich für die Abstimmung.

Frau Dr. Grünewald ergänzt, wie anfangs kurz berichtet, den Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Gremien“.

Berichte aus den Gremien

Herr Gebhard informiert kurz aus dem Ausschuss für Internationales. Er kündigt für den Herbst ein Positionspapier des Ausschusses zum Thema Lieferketten an, eines der Themen, die den Ausschuss aktuell stark beschäftigten. Weiter berichtet **Herr Gebhard** aus der Sitzung der Beratenden Versammlung Oberberg vom 17. Mai 2022. In der Sitzung habe Monika Lichtinghagen-Wirths, Geschäftsführerin des Bergischen Abfallverbands BAV, das Konzept der Bergischen Ressourcenschmiede und des Netzwerks Zirkuläre Wertschöpfung im Bergischen Land vorgestellt. Auch im Mai sei das neue thermo-chemische Forschungszentrum der TH Köln auf :metabolon mit ersten Anwendungen, beispielsweise dem thermo-chemischen Recycling von Überseekabeln, Laminatabfällen oder Auto- bzw. Fahrradreifen, besichtigt worden. Insbesondere für mittelständische Unternehmen könne das Angebot „Initiales Fachgespräch zur zirkulären Wertschöpfung“ von Interesse sein, um gemeinsame Projekte zu initiieren.

Herr Bausinger berichtet aus dem Ausschuss für Stadt- & Regionalentwicklung und macht darauf aufmerksam, dass aktuell eine sehr intensive Begleitung der Politik im Zusammenhang mit der Resolution zur Kölner Innenstadt und den Forderungen zum Neumarkt erfolge. Zur nächsten Sitzung sei die Präsentation eines Lösungsvorschlags geplant. Mit der Beigeordneten Andrea Blome sei eine

Konzeptuntersuchung diskutiert worden. Ferner weist **Herr Bausinger** auf das „Bündnis für die Innenstadt“ der Hansestadt Hamburg hin. Es handele sich um eine Initiative der Handelskammer Hamburg und einiger Verbände. Dort habe man formuliert, dass Innenstädte heute mehr bieten müssten als eine hohe städtebauliche Qualität, eine hohe Verweilqualität und ein Einkaufserlebnis, das mit Kultur, mit Events und gastronomischen Angeboten verknüpft sei. Diese Initiative sei sehr zukunftsgerichtet und eine Benchmark. Abschließend erinnert **Herr Bausinger** an die sehr beunruhigende Lage der Brücken in Köln.

Frau Esser berichtet aus dem DIHK-Ausschuss für Gesundheitswirtschaft. In der Sitzung habe das Thema Gesunderhaltung von Mitarbeitenden im Mittelpunkt gestanden. Unterschiedliche Maßnahmen und Instrumente seien vorgestellt worden. Darunter eine App. Schließlich macht sie auf den digitalen Gesundheitspreis von Novartis aufmerksam. **Frau Fehn-Madaus** berichtet aus dem DIHK-Ausschuss für Tourismus. Zentrales Thema sei der Fachkräftemangel gewesen, der bei vielen Betrieben, beispielsweise aus der Gastronomiebranche, nun dafür Sorge, dass die Öffnungszeiten stark reduziert werden müssten. Eine Lösung bestehe darin, die Anwerbung ausländischer Fachkräfte zu beschleunigen. **Frau Dr. Grünewald** berichtet, dass die IHK Köln diesen Prozess eng begleite und mit der Politik in enger Abstimmung sei. **Frau Heitzer** berichtet aus dem DIHK-Verkehrsausschuss, zu dessen politischem Vorabendgespräch Udo Schiefner, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags, eingeladen worden sei. In der Sitzung seien die hochaktuellen Themen Berufskraftfahrermangel, Energiepreise, Brücken und Infrastruktur sowie Klima diskutiert worden seien. Auch in dieser Branche sei der Fachkräftemangel eklatant und führe bei vielen Unternehmen zu erheblichen Problemen. **Herr Busen** berichtet aus dem DIHK-Ausschuss für Industrie und Forschung. Aus aktuellem Anlass sei die Sicherstellung des Energiebezugs und das Gasspeichergesetz diskutiert worden. Es sei übereinstimmend festgestellt worden, wie hoch die Energieabhängigkeit der Industrie aktuell sei. Vor allem im Bereich des industriellen Prozessgases ließe sich ein Wechsel auf andere Energieträger nicht kurzfristig realisieren. Das Thema Energiebezug müsse nun intensiv und ergebnisoffen diskutiert werden. Abschließend bedauert **Herr Busen**, dass es in Köln keinen Industrie-Ausschuss mehr gebe. **Frau Dr. Grünewald** erklärt, dass auch für die Medienbranche kein Ausschuss mehr existiere, jedoch in einer Arbeitsgruppe derzeit sehr aktiv gearbeitet werde und ein Runder Tisch gegründet worden sei, der sich mit Ausbildungsberufen beschäftige. Es brauche mithin nicht immer einen eigenen Ausschuss, um Themen aktiv voranzubringen.

Frau Dr. Grünewald bedankt sich herzlich für das Engagement in den Ausschüssen und die spannenden und aktuellen Berichte. Sie bittet darum, die DIHK-Ausschüsse auf der Seite der IHK Köln zu verlinken und die Mitglieder der IHK Köln in den DIHK-Ausschüssen zu benennen.

TOP 6 Zur Information: Nachberufene Mitglieder der Gremien

Frau Dr. Grünewald informiert, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 3. Mai 2022 weitere Mitglieder der Gremien der IHK Köln berufen habe. Sie freue sich sehr über das Engagement für die Region. Jan Heitmann und Volker Steingroß würden den Ausschuss für Mobilität unterstützen, Dr. Hans-Jörg Preisigke werde sein Wissen künftig in den Ausschuss für Umwelt & Energie einbringen und Gunter Derksen sowie Udo Fielenbach seien neue Mitglieder der Beratenden Versammlung Rhein-Berg. **Frau Dr. Grünewald** führt aus, sie freue sich sehr über alle, die die IHK Köln durch ihre ehrenamtliche Mitarbeit unterstützen würden. Sie äußert darüber hinaus den Wunsch, dass sich noch mehr Frauen in den Gremien der IHK Köln engagieren mögen. Sowohl Vollversammlungs- als auch Ausschusssitzungen würden weiterhin hybrid angeboten, um eine möglichst niedrigschwellige Teilnahme zu ermöglichen.

TOP 7 Sonstiges

Frau Dr. Grünewald informiert, dass Frau Dr. von Möller über den Chat die Frage gestellt habe, warum die von ihr heute gestellten Fragen in schriftlicher Form eingereicht werden sollten. **Frau Dr. Grünewald** teilt zunächst mit, dass der Tagesordnungspunkt, unter dem Frau Dr. von Möller die Fragen gestellt habe „Genehmigung des Protokolls“ laute. Eine Diskussion über Inhalte des Protokolls sei nicht Teil dieses Tagesordnungspunkts.

Wenn man zu Inhalten eines Protokolls oder auch zu Anderem Fragen hätte, könne man sich jederzeit schriftlich oder natürlich auch telefonisch an die IHK Köln wenden. Idealerweise geschehe dies schriftlich und innerhalb der von der Satzung festgelegten Frist, um zu entscheiden, ob Punkte im Protokolltext anzupassen seien.

Ferner liefere der Abschlussbericht von Drees & Sommer die Antworten auf einen Großteil der eben formulierten Fragen. In der vergangenen Vollversammlung habe mit einem ausführlichen Diskussionspunkt die Gelegenheit bestanden, alles mit den Fachleuten zu diskutieren. Darüber hinaus verweist **Frau Dr. Grünewald** darauf, dass der Kölner Stadt-Anzeiger am Vortag gleichlautende Fragen an Herrn Dr. Vetterlein und sie gestellt habe. Der Artikel würde digital noch am gleichen Abend und wahrscheinlich in der morgigen gedruckten Auflage erscheinen. Sollten einige Fragen von Frau Dr. von Möller dadurch nicht beantwortet werden, können sie diese gerne noch einmal zusenden. Natürlich würde man alle Fragen gerne beantworten, jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt „Genehmigung des Protokolls“.

Soweit Frau Dr. von Möller in einer weiteren Frage auf die Renault-Zentrale verwiesen habe, die mitgeteilt habe, mit 300 Mitarbeitenden in das Lofthaus einzuziehen, könne sie zu dieser Aussage der Firma Renault keine Stellung nehmen, weil sie über unternehmensinterne Details und gegebenenfalls die zugrundeliegende Homeoffice-Quote von Renault keine Kenntnis habe. Bereits dem früheren Präsidium sei jedoch stets klar gewesen, dass nicht alle Mitarbeitenden der IHK Köln im Lofthaus untergebracht werden konnten, da die Fläche zu klein bemessen gewesen sei. Auch Drees & Sommer hätte in der Analyse herausgearbeitet, dass die IHK Köln die doppelte Flächengröße benötige, als die, die das Lofthaus hätte zur Verfügung stellen können.

Herr Busen gibt zu bedenken, dass die Sitzung im März eine Menge Informationen enthalten habe und die Berechnungen im Rahmen des Anforderungsprofils und der Machbarkeitsstudie komplex seien. Man könne bei einer Sondersitzung alle Punkte in Ruhe ausführlich diskutieren. **Herr Busen** regt an, im Rahmen der Herbstsitzung die offenen Fragen umfänglich zu diskutieren. Weiter stellt **Herr Busen** fest, dass die Hälfte der Vollversammlungsmitglieder aus der Region kämen und dass insgesamt zu viele „Kölner“ Themen in den Sitzungen Beachtung fänden. Schließlich rege er an, den zeitlichen Rahmen der Sitzung zu kürzen.

Herr Dr. Vetterlein nimmt Bezug auf die vergangene Sitzung. In dieser Sitzung hätte die Vollversammlung nicht eine Entscheidung zwischen zwei Alternativen treffen müssen. Vielmehr habe sich die Vollversammlung für zwei der vorgestellten drei Alternativen entschieden und sodann festgelegt, diese einer weiteren vertiefenden Untersuchung zu unterziehen. Erst nach Abschluss dieser Untersuchungen stünden zwei vergleichbare Alternativen zur Wahl. Diese würden dann ausführlich in der Sitzung im Dezember diskutiert. Er bittet, eventuell auftretende Fragen zu diesem Themenkomplex im Vorfeld zu stellen, um sie angemessen und auf Basis der notwendigen Analysen beantworten zu können. Mit der vergangenen Sitzung liege ein Beschluss vor, er bitte, nun keine Nachdebatte zu führen und zu einer Kultur zu finden, dass einmal gefasste Beschlüsse Bestand haben, ganz im Sinne der angesprochenen Sitzungseffizienz.

Frau Dr. Grünewald ergänzt, bislang sei von den gleichen Personen kritisiert worden, dass sich die Debatten der Vollversammlung ausschließlich um das Haus drehten und politische Themen zu kurz

kämen. Heute habe man die Sitzung vollumfänglich genutzt, um politische Themen zu diskutieren und zu entscheiden.

Frau Dr. Grünewald führt aus, dass sie sich sicher sei, dass es bisher noch kein Ehrenamt gegeben habe, dass sich mehr in und für die Region engagieren würde, als das jetzige Präsidium und die jetzige Vollversammlung. So sei man gerade heute in Gummersbach und mithin mitten in der Region. Eines der drei Jahresthemen sei das Rheinische Revier – in der Region. Man sei von Seiten des Hauptamts und auch von Seiten des Ehrenamts im permanenten Gespräch und konstruktiven Austausch mit den Landräten und zahlreichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus der Region. Es gebe vier Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, die die IHK sichtbar auf Veranstaltungen in der Region vertreten würden, unter anderem bei so gut wie allen Sitzungen der Beratenden Versammlungen und vielen Sitzungen der Wirtschaftsgremien. Sie selbst sei ebenfalls in zahlreichen Sitzungen in der Region anwesend gewesen, sowohl in Coronazeiten digital als jetzt auch vor Ort. Es würde ihr von allen Seiten gespiegelt, dass man das hohe Interesse der jetzigen Kammerführung in der Region klar wahrnehmen und sehr wertschätzen würde. Sie habe darüber hinaus in den regionalen Wirtschaftsgremien persönlich dafür geworben, dass sich mehr Personen aus der Region auch in den Querschnittsausschüssen engagieren sollten – hier habe man auch durch persönliche Ansprache erreichen können, dass die Region nun verstärkt in den Ausschüssen vertreten sei, von denen die Resolutionen für die Vollversammlung vorbereitet würden. Daher sei es ihr absolut unverständlich, wie Herr Busen zu der Annahme käme, dass die Region zu wenig Beachtung fände.

Anschließend lädt **Frau Dr. Grünewald** die Mitglieder der Vollversammlung herzlich zum gemeinsamen Sommerfest von Vollversammlung und Hauptamt der IHK Köln ein. Es finde unter dem Motto „Tierisch engagiert für unsere Region“ am 5. September 2022 um 18:00 Uhr im Kölner Zoo statt. Sie freue sich auf dieses besondere und exklusive Event: Das Hauptamt würde die neue Struktur vorstellen, es gäbe die Gelegenheit, in einem besonderen Rahmen zu netzwerken, außerdem sei eine private Abendführung durch den Kölner Zoo mit dem Zoodirektor Theo Pagel geplant.

Frau Dr. Grünewald bedankt sich herzlich bei dem Organisationsteam für die gelungene Sitzung in Gummersbach sowie den schönen Rahmen des heutigen Tages und bei allen Vollversammlungsmitgliedern für die gemeinschaftlich mit großer Mehrheit getragenen Beschlüsse.

Frau Dr. Grünewald wünscht allen Mitgliedern und Gästen eine erholsame Sommerzeit. Die nächste Sitzung der Vollversammlung finde am 13. September 2022 statt. Zum Schluss freue sie sich, alle anwesenden Personen noch zu einem Umtrunk und ein paar bergischen Snacks einzuladen und den Abend gemeinsam ausklingen zu lassen.

Frau Dr. Grünewald schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.

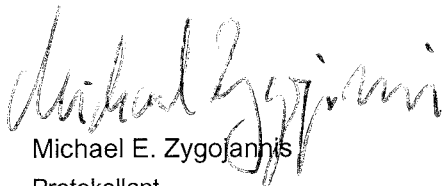
Köln, 4. Juli 2022



Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln



Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln



Michael E. Zygojannis
Protokollant